

## **Debatte zum Beitrag von Dr. Bruno Heidlberger ‚Anmerkungen zu Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns, Rechtspopulismus im globalen Zeitalter‘ in *Aufklärung und Kritik* 2/2020, S. 150 ff.**

*Unser Mitglied Jörn Sack sandte der Redaktion seine nachfolgende Stellungnahme ein, auf welche der Autor Dr. Heidlberger wiederum eine ausführliche Replik verfasste. Beides bringen wir hier in unserer dafür vorgesehenen Rubrik „Debatte“.*

Bruno Heidlbergers ‚Anmerkungen zu Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns, Rechtspopulismus im globalen Zeitalter‘ veranlassen mich zu einer zwar nicht zornigen, aber doch überaus kritischen Reaktion.

Der Aufsatz scheint mir die typische Sicht eines Intellektuellen wiederzugeben, der aufgrund abstrakter gesellschaftlicher Modelle, fern der Vorgänge in der politischen Wirklichkeit, argumentiert und dessen Argumentation, betrachtet man sie rein als solche, im Wesentlichen sogar richtig ist. Nur steht sie im luftleeren Raum. Man mag Hegel schätzen oder nicht, die Wahrheit ist nun einmal konkret.

Heidlberger übersieht vollkommen, in welchem Ausmaß die Werteordnung des Grundgesetzes durch die deutschen Regierungen und die Organe der EU seit 1990 beschädigt worden ist und sich daraus ganz wesentlich der Aufstieg des sog. Populismus erklärt. Ich nenne hier nur die wichtigsten Beispiele:

- Da versprach der damalige Bundeskanzler Kohl entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft, um die Wahlen in den neuen Bundesländern zu gewinnen, diesen in wenigen Jahren ‚blühende Landschaften‘. Herausgekommen ist eine Desindustrialisierung und erhebliche Entvölkerung Ostdeutschlands, die auch noch 30 Jahre später anhält.
- Da gelingt es einem Mitgliedstaat der EU mit betrügerischen Statistiken seine Teilnahme an der Währungsunion zu erschleichen und die katastrophale Situation seiner Staatsfinanzen über fast ein Jahrzehnt zu verschleiern. Das Verhalten war so grob gestrickt, dass es kaum glaubhaft ist anzunehmen, die EU und die anderen Mitgliedstaaten hätten das nicht bemerkt. Es wurden aber alle Augen zugedrückt.
- Den Deutschen wurde bei Abschluss der Verträge über die EWU versprochen, dass es keine Finanzierung von Staatsschulden seitens der EZB oder durch Transferleistungen in den Staatshaushalt anderer Mitgliedstaaten geben würde. Im Falle Griechenlands wurde das formal noch einigermaßen eingehalten, weil man einen riesigen eigenständigen Rettungsschirm aufbaute. Im Grunde war es jedoch bereits eine Umgehung der Zusicherung, also unehrliches Verhalten.

- Da selbst dieser umfangreiche Kreditmechanismus nicht ausreichte oder andere von der Krise betroffene Mitgliedstaaten ihn wegen damit verbundener Auflagen nicht oder so kurz wie möglich in Anspruch nehmen wollten (das Problem stellt sich aktuell wieder), man sie aber nicht am Markt in hohen Risikozinsen ‚absaufen‘ lassen konnte, sollte der Euro nicht zerbrechen, kaufte die EZB in früher unvorstellbarem Ausmaß am Markt Staatsanleihen auf und schraubte den Diskontsatz auf unter Null. Das bedeutete einerseits eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden und andererseits eine Enteignung der kleinen Sparer durch die Hintertür. Sie spürten es auf ihrem Konto, während die Vermögenden munter an den Börsen spekulierten und satte Gewinne einstrichen.
- Das Bundesverfassungsgericht hielt die Entscheidungen auf europäischer Ebene teilweise für verfassungswidrig, beugte sich aber am Ende stets dem Diktum des Europäischen Gerichtshofs, der juristisch alle Augen zu und selbst schwerste Bedenken wegdrückte. Verständlich, aber sehr bedenklich.
- Im Rahmen der Flüchtlingskrise öffnete die Bundeskanzlerin durch eine persönliche Entscheidung (es gab nicht einmal einen Kabinettsbeschluss oder gar eine Diskussion in den politischen Gremien) über Monate den Zugang nach Deutschland für alle Hereinströmenden ohne jede Kontrolle. Geltendes nationales und EU-Recht wurden einfach nicht mehr angewandt. Natürlich geschah dies aus ehrenwerten Motiven, aber ein autoritärer Staat hätte es nicht ‚besser‘ machen können.
- Geflüchtete und andere Zuwanderer, die nicht abgeschoben werden können, erhalten nahezu die gleichen Sozialleistungen wie die einheimischen Verlierer der Globalisierung und der Wiedervereinigung. Glaubt man etwa, dass so etwas nicht eine explosive Lage am unteren Ende unserer Gesellschaft erzeugt?
- Zwei echten politischen Flüchtlingen, Edgar Snowden und Julian Assange, wagt man nicht, politisches Asyl zu gewähren, weil die USA zu heftigen Gegenmaßnahmen (sicher wirtschaftlicher Art) griffen; aber hunderttausenden, die längst an sicherem Ort sind oder deren Verhältnisse völlig undurchschaubar sind, wird Asyl gewährt.
- Die seit mehr als zwei Jahrzehnten betriebene Ausrichtung unseres Gesundheitssystems an Erwägungen der Wirtschaftlichkeit zeigt ihre ganze Gefährlichkeit nun in der Krise. In der ehemaligen DDR hat sie seit Langem bei vielen Bürgern Nostalgie für das dort einst übliche System der Polykliniken erweckt. Gerade auf dem Lande.

Diese überaus kritischen Vorgänge und Entwicklungen, an deren Ende wir noch keineswegs angelangt sind, können bei ernsthafter Analyse des Phänomens des Populismus nicht einfach weggedrückt werden. Wenn an der Spitze des Staates

der Umgang mit dem Recht und der Wahrheit so unlauter ist wie beschrieben, kann man am unteren Ende kein lautereres Verhalten erwarten. Der Rechtsstaat wird von oben her zerstört.

Natürlich darf in einer Betrachtung wie der von Heidelberger nie der Hinweis auf 1933 und das nach 1945 geschworene ‚Nie wieder‘ fehlen. Aber auch dieser Rückblick wird ohne jede genauere Analyse vollzogen. Die wäre aber nötig. Denn die Machtergreifung durch die Nazis war nur möglich, weil die Sozialdemokraten und die Parteien der Mitte versagt hatten; sie dem Land keine Perspektive mehr boten. Die SPD musste, um Hitler zu verhindern, zur Wahl Hindenburgs aufrufen. Es genügt Hans Falladas ‚Kleiner Mann, was nun?‘ zu lesen, um das ganze Elend der kleinen Leute damals zu ersehen. Unter solchen Umständen erschienen vielen die Versprechen der Nazis der einzige Ausweg. Eine Lehre kann man aus dem Jahr 1933 also durchaus ziehen, aber sie muss mehr sein, als ein bloßes Schreckgespenst zu evozieren: Versagen die anderen Parteien nicht, stellen wirkliche oder vermeintliche Rechtsextreme keine Gefahr für unsere Demokratie dar. Das Rezept für die Zukunft ist demnach ganz einfach: Wenn die etablierten Parteien gute Politik machen, schrumpft die AfD sofort unter 5%. Da braucht man keine Aufklärung, keine Kampagnen gegen Rassismus und Faschismus, keine Schulung an den Schulen, wie sie allenthalben und auch von Heidelberger gefordert wird. Solch massive Beeinflussung von oben ruft unten eher Misstrauen hervor. Gute Politik ist das Heilmittel gegen Populismus. Und Frau Koppetschs Buch ist wohl als ein Schritt hin zu dieser einfachen Erkenntnis zu verstehen.

*Soweit J. Sack, hier nun die ausführliche Replik von Dr. Heidelberger:*

### **Einige Anmerkungen zu der Stellungnahme von J. Sack zu meinen Beiträgen in AuK 2/2020**

Sehr geehrter Herr J. Sack,

1. der von Ihnen gewählte Einstieg ist wenig schmeichelhaft. Wie Sie selbst andeuten, haben Sie Ihre Niederschrift mit einer gehörigen Portion unterdrücktem Zorn im Bauch verfasst. Sie charakterisieren mich als einen „typischen Intellektuellen“, der selbstbezogen in seine „abstrakten gesellschaftlichen Modelle“ abgehoben von der politischen Wirklichkeit im „luftleeren Raum“, argumentiert. Scheinbar haben Sie eine Abneigung gegen „Intellektuelle“. Bedienen Sie hier nicht ein Ressentiment? Die Intellektuellen: Philosophen, Journalisten, viele Wissenschaftler und andere Experten, gebrauchen allein ihren Verstand ohne Rücksicht und Kenntnis der Praxis, so das populistische Narrativ. Der Intellektuelle ist intelligent, logisch, analytisch und vor allem belehrend, aber weltfremd; an der Macht ist er gefährlich, und der Macht, geht er auf die Nerven. Der Intellektuelle hat vor nichts Respekt und weiß alles besser. Die Titulierung

„Intellektueller“ gilt gemein hin als unfreundliches abwertendes Urteil und garantiert bei nicht intellektuellen bzw. wenig gebildeten Teilen der Bevölkerung in der Regel Applaus. Alle Rechtsnationalisten spielen erfolgreich mit diesem Ressentiment.

Gestatten Sie mir hierzu einige Ausführungen, die die politische Sprengkraft dieses alten Ressentiments verdeutlichen soll. Der Konflikt zwischen Macht und Geist ist alt. Dass die Philosophen weltfremd seien, ist als höhnischer Vorwurf so alt wie die Philosophie selbst. Thales soll von einer Magd verspottet worden sein, weil er beim Sterneschauen in einen Brunnen gefallen sei. Gern vergisst man darüber: Thales soll aufgrund seiner astronomischen Kenntnisse eine große Olivenernte prognostiziert und daraufhin gewinnbringend in Ölpresen investiert haben. Mit Herbert Schnädelbach kann man hier von der „Urszene der abendländischen Philosophie“ sprechen, denn in der Tat entsteht sie durch die Abwendung von den Plausibilitäten des Alltags und den unmittelbar erfassbaren Evidenzen der sinnlichen Erfahrungswelt.

Sokrates musste sterben, weil er sich den Herrschenden widersetzte und die Jugend „verdarb“. Für F.J. Strauß waren Künstler und Intellektuelle „Ratten und Schmeißfliegen“. Auch der Gegenauflärer Arnold Gehlen, Vordenker und Idol der Neuen Rechten, hasste Intellektuelle, auch den *Spiegel* und vor allem die 68er. Die bekannte und berüchtigte Intellektuellenkritik von Gehlen, die er in seiner Spätschrift *Moral und Hypermoral* (1969) formulierte und die von Helmut Schelsky zu einer Theorie der *Neuen Klasse* weiterentwickelt wurde, mobilisierte während der 1960er und 1970er Jahre altbekannte Klischees von persönlichen Ressentiments gegen die behauptete „Priesterherrschaft“ der linken Intellektuellen. Daran anknüpfend werden heute Intellektuelle, Experten und Wissenschaftler von den Rechtsnationalisten als „urbane Akademikerklasse“ oder als „links-grün versifft“ Eliten beschimpft. Diese „globalisierte Elite“, so Gauland, sitze in „den international agierenden Unternehmen, in Organisationen, wie der UN, in den Medien, Start-ups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten“, und weil sie „die Informationen“ kontrolliere, gebe sie „politisch und kulturell den Takt vor.“ Sie fühlten sich als „Weltbürger“ und träumten „von der one world und der Weltrepublik“. In völliger Umkehr der Wahrheit behauptet Gauland, es seien die „Globalisten“, die „den inneren Frieden, den Rechtsstaat, die soziale Sicherheit und die Gleichberechtigung der Frau sowie die Meinungs- und Religionsfreiheit bedrohten“.<sup>1</sup> Jetzt, in der Corona-Krise, gibt die Wissenschaft der Politik die Richtung vor. Die belächelten und geächteten Experten von gestern, auf deren Rat Leute wie Gauland, Trump, Putin oder Johnson nur mit Abscheu reagierten, sind in der Corona-Krise ernstzunehmende Berater aller Regierungen weltweit geworden. Es ist die Stunde des Geistes und der Ethik Kants. Letztendlich geht es um die Frage, in welcher Weise hat die Instanz des Geistes im Menschen und damit auch die Normativität eine politische und ethische Berechtigung. Nach Ihren Ausführungen scheinen Sie mir diese mit dem Verweise auf „Tatsachen“ abzusprechen.

2. Hegel zitierend ist Ihrer Meinung nach die Wahrheit „konkret“. Eine Aussage, die wissenschaftstheoretisch nicht erst seit Popper unhaltbar ist.

In der *Kritik der reinen Vernunft* aus dem Jahr 1787 schrieb Kant:

Wenn die Anschauung sich nach der Beschaffenheit der Gegenstände richten müsse, so sehe ich nicht ein, wie man a priori von ihr etwas wissen könnte; richte sich aber der Gegenstand (als Object der Sinne) nach der Beschaffenheit unseres Anschauungsvermögens, so kann ich mir diese Möglichkeit ganz wohl vorstellen.<sup>2</sup>

Wenn der Mensch sieht, sieht er keine Abbilder der Welt. Immer steht die Interpretationsleistung dazwischen. Wir sehen die Dinge nie neutral, sondern immer aus unserer persönlichen Perspektive und Wertorientierung. Das gilt auch für politische „Tatsachen“, ob es sich um den menschengemachten Klimawandel, zu hohe Abgasgrenzwerte, die soziale Ungerechtigkeit, um Flüchtlinge, die Eurokrise oder um den Aufstieg der reaktionären Rechtsnationalisten handelt. Begriffe wie Ausländer, Zerstörung des Rechtsstaates von oben her, Staatsversagen, Flüchtlingsstrom, Steuerlast, Asylantenflut, Asyltourismus, Lügenpresse, Euro-Rettungsschirm, Umvolkung, vorgespiegelte Demokratie oder Merkel-Diktatur, setzen der Wirklichkeit einen Deutungsrahmen, sie rahmen die Wirklichkeit. Die Konstruktion solcher Begriffe nennt man Framing. Manche Politiker geben vor, ihre Aufgabe bestehe allein darin, zu sagen, „was ist“, was die Menschen fühlen und danach zu handeln. Wer die empirischen Tatsachen aber so einrahmt, dass sie zu den eigenen Vorstellungen passen, entzieht damit der Meinungsfreiheit den Boden. Die von Ihnen genannten Beispiele sind nicht einfach nur Beschreibungen von Tatsachen, sondern bereits interpretierte Vorgänge, aus denen man auch ganz andere Schlüsse ziehen kann.

3. Ihr Hauptvorwurf, ich würde „aufgrund abstrakter gesellschaftlicher Modelle, fern der Vorgänge in der politischen Wirklichkeit“, argumentieren, zeichnet sich selbst durch neblige Abstraktheit aus. Was verstehen Sie unter „abstrakter gesellschaftlicher Modelle“, die, in meinem Fall, wie Sie bemerken, „rein als solche“ betrachtet „im Wesentlichen sogar richtig“ seien? Wie ist das möglich? Bei Ihrer Kritik bleibt unklar: Modelle scheinen nach Ihrem Verständnis kaum etwas mit der Realität zu tun zu haben. Tatsächlich aber ist ein Modell ein vereinfachtes Bild der Wirklichkeit. Ohne Modelle funktioniert Wissenschaft nicht. „Dem Modell kommt im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess eine große Bedeutung zu. Unter bestimmten Bedingungen und Zwecksetzungen besitzen Modelle bei der Untersuchung realer Gegenstände und Prozesse in unterschiedlichen Wirklichkeitsbereichen und beim Aufbau wissenschaftlicher Theorien eine wichtige Erkenntnisfunktion. So dienen sie u. a. dazu, komplexe Sachverhalte zu vereinfachen (idealisieren) bzw. unserer Anschauung zugänglich zu machen. In den Sozialwissenschaften wird der Begriff des Modells nicht erst seit Niklas Luhmann vielfältig verwendet.“ (Wikipedia) Sicherlich gibt es gute und schlechte Modelle. „Mein Modell“ finden Sie „sogar richtig,“ dann müsste es einen gro-

ßen Realitätsgehalt haben. Gleichwohl verstehe ich mich nicht als Konstrukteur von Modellen, vielmehr als jemand, der sich an universellen Maßstäben versucht zu orientieren. Mit dem Begriff Modell scheinen Sie jedoch etwas anderes zu verbinden. Der pragmatischen Wertorientierung Ihrer Argumentation folgend könnten Sie meine normativen Setzungen meinen, an Hand derer ich die pragmatische Argumentation von Frau Koppetsch messe. Bekanntlich lehnen Pragmatiker, aber auch Populisten, universelle Prinzipien ab und stellen das situative Handeln bzw. gefühlte Wahrheiten über die theoretische Vernunft. Es sind universelle Vernunftnormen, wie sie sich im Grundgesetz, in den Grund- und Menschenrechten, dem Asylrecht, der Genfer Flüchtlingskonvention, der Charta der EU und dem Völkerrecht sowie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niederschlagen. Diese universellen Vernunftnormen, die in der Tradition der Amerikanischen und Französischen Revolution stehen und das ausmachen, was wir das Projekt des Westens nennen, sind regulative Ideen und meiner Überzeugung nach die Grundlage für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. An ihren Maßstäben haben sich bislang westliche Demokratien messen lassen müssen (H.A. Winkler). Es sind liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Gewaltenteilung. Diese Ideen sind handlungsleitend und nicht dogmatisch, sondern pragmatisch an die jeweiligen Umstände anzuwenden. In der Corona-Krise galt bislang: Art. 1 GG. Das ist Kant und nicht Mill oder Spencer. Nicht nur Frau Merkel auch Herr Drosten beurteilen die jetzigen Lockerungen mit Sorge. Gegenwärtig scheinen die Utilitaristen, in den USA gar die Sozialdarwinisten, die Oberhand in der Debatte zu gewinnen, diejenigen, die die Ökonomie, gar ihr subjektives Wohlbefinden über die allgemeine Gesundheit und das gesamtgesellschaftliche Leben stellen.

Sie schreiben:

„Zwei echten politischen Flüchtlingen, Edgar Snowden und Julian Assange, wagt man nicht, politisches Asyl zu gewähren, weil die USA zu heftigen Gegenmaßnahmen (sicher wirtschaftlicher Art) griffen; aber hunderttausenden, die längst an sicherem Ort sind oder deren Verhältnisse völlig undurchschaubar sind, wird Asyl gewährt.“

Ich meine: Ihre Gedankenspiele laufen, wie die von Frau Koppetsch, in der Konsequenz auf die „Anpassung“ der Genfer-Flüchtlingskonvention an die „neuen Realitäten“ hinaus. Sie warnen vor einer „explosiven Lage am unteren Ende unserer Gesellschaft“, weil „Geflüchtete und andere Zuwanderer, die nicht abgeschoben werden können, nahezu die gleichen Sozialleistungen wie die einheimischen Verlierer der Globalisierung und der Wiedervereinigung“ erhielten. Ihre Warnung ist nicht unbegründet. Sie käme aber einem Sein-Sollen-Fehlschluss gleich, weil hier ein normativer Schlusssatz aus rein deskriptiven Sätzen abgeleitet wird. Er enthält darüber hinaus sozialen Sprengstoff und blen-

det das weit größere Problem, die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich aus. Anstatt dem Ressentiment nachzugeben sollte man darauf hinweisen, dass nicht die Flüchtlinge schuld an der Kluft zwischen Arm und Reich sind. Wenn Flüchtlinge schlechter versorgt würden, bekäme ein arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger nicht mehr; niedrige Löhne würden nicht steigen. Auch für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen gäbe es nicht weniger Grund Angst vor dem sozialen Abstieg zu haben. Im Übrigen erhalten nur 2/3 aller Flüchtlinge die Grundsicherung mit abnehmender Tendenz. „Es gehe gut voran mit der Integration in den Arbeitsmarkt, hatte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer bereits im Dezember 2018 gesagt. Die meisten jungen Migranten können nach einem Jahr Unterricht so gut Deutsch, dass sie dem Berufsschulunterricht folgen können. Die Mehrheit der erwerbstätigen Geflüchteten arbeite in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und sei somit integriert. Viele Migranten seien „eine Stütze der deutschen Wirtschaft geworden“. Nicht zu vergessen all diejenigen, die jetzt in helfenden Berufen den Kampf gegen Corona führen.

4. Ihr Vorwurf, ich würde „aufgrund abstrakter gesellschaftlicher Modelle, fern der Vorgänge in der politischen Wirklichkeit“ argumentieren, ist von der Sache her falsch. Ich setze mich mit den Argumenten eines „soziologischen Bestsellers“ von einer allein an der Empirie orientierten Soziologin auseinander, d.h. ich habe eine diskursanalytische Arbeit verfasst, in der es um die Tatsache des „Aufstiegs des Rechtspopulismus im globalen Zeitalter“ und seiner Deutung durch Frau Koppetsch geht, die ich einer Analyse und Bewertung unterziehe.

5. Sie schreiben: „Heidlberger übersieht vollkommen, in welchem Ausmaß die Werteordnung des Grundgesetzes durch die deutschen Regierungen und die Organe der EU seit 1990 beschädigt worden ist und sich daraus ganz wesentlich der Aufstieg des sog. Populismus erklärt.“ Frau Koppetsch und ich sehen das anders, differenzierter. Sie beklagen in diesem Zusammenhang einen unlauteren Umgang „der Spitze des Staates“ „mit dem Recht und der Wahrheit,“ gar die „Zerstörung des Rechtsstaates von oben“ her. Das sind schwerwiegende Vorwürfe.

Was Sie mit obiger Aussage und den dann folgenden Beispielen als Illustration formulieren, ist vielfach nicht die von Ihnen zitierte „konkrete Wahrheit“, sondern eine im Lichte Ihrer Werteordnung bereits interpretierte. Zum Thema Europa: Ich bin überzeugt, dass wir die großen Aufgaben der Zeit nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Europa trotz aller Schwierigkeiten und Mängel bewerkstelligen können. Dabei muss Deutschland als ökonomisch mächtigstes Land im eigenen wirtschaftlichen Interesse vorangehen. Aktuell wären Wiederaufbauprogramme und die Aktivierung des ESM ein wichtiges Symbol europäischer Solidarität, um das Schlimmste abzuwenden. Die EU wird ohne Solidarität die Corona-Krise kaum überleben. Gefragt sind jetzt verantwortungsethische Politiker im Sinne von Max Weber (H.A. Winkler).

Als ehemaliger Rechtsberater der Europäischen Kommission wissen Sie: Die EU war seit Beginn ihrer Existenz an keineswegs nur auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten angelegt, „sondern viel umfassender auf einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker weit über den wirtschaftlichen Sektor hinaus“. Nach Ansicht von Jacques Santer, ehemaliger Präsident der EU-Kommission, haben christliche Werte gemeinsam mit humanistischen Werten „seit jeher“ das Wesen der Union geprägt. Dass diese Werte Einzug in die Verträge gefunden haben, sei „logische Folge und erfreulicher Ausdruck eines längst gefestigten Wertefundaments.“ Das sollte auch weiterhin unser Handeln leiten.

6. Sie schreiben: „Im Rahmen der Flüchtlingskrise öffnete die Bundeskanzlerin durch einsame persönliche Entscheidung (es gab nicht einmal einen Kabinettsbeschluss oder gar eine Diskussion in den politischen Gremien) über Monate den Zugang nach Deutschland für alle Hereinströmenden ohne jede Kontrolle. Geltendes nationales und EU-Recht wurden einfach nicht mehr angewandt. Natürlich geschah dies aus ehrenwerten Motiven, aber ein autoritärer Staat hätte es nicht ‚besser‘ machen können.“ Sie beklagen einen unlauteren Umgang „der Spitze des Staates“ „mit dem Recht und der Wahrheit,“ gar die „Zerstörung des Rechtsstaates von oben“ her.

Dazu: Die exzessive Bezugnahme auf den Rechtsstaatsbegriff während der sog. Flüchtlingskrise diente auch der AfD „als symbolische Waffe in einem Kulturkampf, der sich mit konservativ-autoritärer Stoßrichtung gegen den politischen Liberalismus richtet“, notiert Verena Weidenbach in der *Zeit* im Mai 2018. Die neurechte Bedeutungsverschiebung zeigte Wirkung. Die Rhetorik vom „Unrechtsstaat“ oder von der „Herrschaft des Unrechts“ möchte, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, „Assoziationen zum NS-Unrechtsstaat wecken, die völlig abwegig“ seien. Es bestehe „offensichtlich Uneinigkeit über die rechtliche Bewertung des Regierungshandelns zu Anfang der Migrationskrise, mit einer Herrschaft des Unrechts“, meint Voßkuhle, „hätte das aber selbst dann nichts zu tun, wenn die Regierung rechtswidrig gehandelt hätte“. Die Formulierung, Merkel habe die Grenzen geöffnet, sei „grundfalsch, weil es schon seit Jahren keine geschlossenen Grenzen mehr gibt innerhalb des so genannten Schengen-Raums. Es konnten also im Jahr 2015 auch keine Grenzen geöffnet werden“, stellt Voßkuhle fest. So habe die Bundesregierung auch stets betont, dass sie ihrem Handeln immer das Dublin-III-Abkommen zugrunde lege und sich auf das Selbsteintrittsrecht bezog. Ein Staat könne demnach für einen anderen einspringen, was die verpflichtende Bearbeitung von Asylanträgen angehe. Dieser Rechtsauffassung bestätigte der Europäische Gerichtshof im Juli 2017. Die „schrillen Diskussionen“, betont Voßkuhle, würden der „Komplexität der Situation“ nicht gerecht. Bei der „Diskussion über Zurückweisung an der Grenze gehe es auch um das Zusammenspiel der Dublin-III-Verordnung mit dem Völkerrecht und dem deutschen Ausländerrecht“. Hier gebe es „keine ein-



fachen Antworten“. Vor allem sei es keine Frage des Rechtsstaates, ob man eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage hinbekomme.<sup>3</sup>

7. Ihr Vorwurf, dass ich die von Ihnen genannten „Vorgänge und Entwicklungen“ in Hinblick auf eine „ernsthafte Analyse des Phänomens des Populismus“ nicht als zentral behandle, wäre doch eher an Frau Koppetsch als an mich zu richten. Wenn Sie meinen Text aufmerksam lesen, dann wird deutlich, dass Frau Koppetsch den Aufstieg des Rechtspopulismus vor allem als globales und nicht als deutsches Phänomen in Blick nimmt. Rechtspopulismus gab es damals auch außerhalb Ostdeutschlands, wie in Schweden, Dänemark, Polen und außerhalb Europas. Weder die fehlenden „blühenden Landschaften“, noch die Politik von Frau Merkel während der Eurokrise waren ursächlich für sein Auftreten. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD nur 4,7%. Weder Frau Koppetsch noch ich haben da „einfach etwas weggedrückt“. Ihre Fokussierung auf die Eurokrise ist hier nicht zielführend, obgleich sie von den Rechtsnationalisten für ihre anti-europäische Agenda kräftig genutzt wurde. Erst 2016 ging es mit der AfD richtig aufwärts. Wie sagte Gauland, die Flüchtlingskrise könne man als ein „Geschenk für uns nennen“. 2017 zog die AfD dann als drittstärkste Fraktion in den Bundestag. War die AfD nach dem Abgang des Euroskeptikers Luckes kurzzeitig in Wahlumfragen noch bis unter 5% Zustimmung gerutscht, so änderte sich dies schlagartig mit ihrem rechtspopulistischen Schwenk auf das Flüchtlingsthema.

8. Zum Schluss schreiben Sie: „Versagen die anderen Parteien nicht, stellen wirkliche oder vermeintliche Rechtsextreme keine Gefahr für unsere Demokratie dar.“ Haben denn alle Regierung der westlichen Welt politisch „versagt“? Ich meine, man sollte in dieser Frage den nationalen Rahmen verlassen. Koppetsch sieht das komplexer, global. „Gegenüber gängigen Erklärungsversuchen“ will „Koppetsch einen alternativen Ansatz entwickeln, der die strukturellen Ursachen für den Aufstieg der neuen Rechtsbewegungen als Folge eines bislang noch unbewältigten epochalen Umbruchs“ betrachtet. Es handele sich dabei „um die im Mauerfall kulminierende Neuausrichtung westlicher Gesellschaften von einer im nationalen Rahmen verankerten Industriemoderne“ hin zu einer Ordnung, die Koppetsch „als globale Moderne bezeichnet“. (AuK 2/2020, S. 150)

9. Sie schreiben: „Das Rezept für die Zukunft ist demnach ganz einfach: Wenn die etablierten Parteien gute Politik machen, schrumpft die AfD sofort unter 5%. Da braucht man keine Aufklärung, keine Kampagnen gegen Rassismus und Faschismus, keine Schulung an den Schulen, wie sie allenthalben und auch von Heidelberger gefordert wird. Solch massive Beeinflussung von oben ruft unten eher Misstrauen hervor. Gute Politik ist das Heilmittel gegen Populismus. Und Frau Koppetschs Buch ist wohl als ein Schritt hin zu dieser einfachen Erkenntnis zu verstehen. ... Natürlich darf in einer Betrachtung wie der von Heidelberger nie der Hinweis auf 1933 und das nach 1945 geschworene ‚Nie wieder‘ fehlen.“

Zwei Bemerkungen dazu: Ich frage Sie, Herr J. Sack: Was soll und kann denn anderes in einer Betrachtung über den Aufstieg einer rechtsextremistischen Partei als das „Nie wieder!“ stehen? „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung“, notiert Adorno. Übrigens habe nicht ich von „Kampagnen“ und „massiver Beeinflussung“ geschrieben, sondern von „politischer Bildung und Aufklärung“. Dazu gehört das, was sowieso in den Rahmenplänen aller Schulen steht, aber angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung stärker in den Focus genommen werden sollte.

10. Wie Frau Koppetsch führen Sie nicht weiter aus, was Sie konkret unter dem Begriff „guter Politik“ verstehen. Aus dem von Ihnen Vorgetragenen müsste mit ihrem Verweis auf die „Tatsachen“ „gute Politik“ vor allem in einer restriktiveren Flüchtlingspolitik und darin bestehen, weniger Solidarität mit Menschen in Not und weniger Solidarität mit Europa. Andere Themen, wie Klimawandel oder ökologische und soziale Marktwirtschaft, werden von Ihnen nicht genannt. Die CSU hatte seit 2016 versucht, eine solche zwei-Punkt-„gute Politik“, die auf eine Umarmung der AfD hinauslief, zu machen. Die Wahlen in Bayern und in Europa hat sie krachend verloren und eines anderen belehrt. Die CSU ist von rechts außen in die Mitte gerückt. Das kommt bei ihren Wählern besser an. Die AfD ist heute für die CSU eine „neue NPD“, die man politisch und juristisch bekämpfen muss. Die CSU hat gelernt.

In Wahrheit wird die Verbreitung der Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung von den Medien und den politischen Verantwortlichen überschätzt. Richtig ist, dass es auch Abstiegsängste und ein Gefühl des Niedergangs des Einflusses der westlichen Länder in der Welt gibt. Diese Sorgen bei einem kleinen Teil der Bevölkerung nähren einen Rückzug auf sich selbst und die Rückkehr zu konservativen Werten. Das Misstrauen gegenüber dem Islam, den Flüchtlingen und die Ablehnung der Schwulenehe sind die deutlichsten Symptome dieser Entwicklung. Ja, die Politik muss diese Ängste ernst nehmen. Vor allem muss sie nachhaltige Zukunftsmodelle anbieten. Sie darf jedoch nicht vor der AfD, ihren Wählern und den „besorgten Bürgern“ einknicken und ihnen nach dem Munde reden.

Die Probleme in Deutschland und in der Welt können wir nur gemeinsam lösen. Das gilt vor allem für die jetzige ethische Herausforderung. Egoismus und Nationalismus führt uns in die Isolation und vielleicht wieder in den Abgrund. Die Welt nach Corona wird eine andere sein. Corona fordert uns zu einer Neujustierung der Globalisierung auf. Wenn die Gesellschaft offen bleiben soll, braucht sie Solidarität, in der Zukunft klügere und nachhaltige Innovationen, eine zeitgemäße öffentliche Infrastruktur, eine soziale Balance, einen sozialen und ökologischen Umbau des Kapitalismus, flexible und anpassungsfähige Staaten, den Willen zur engeren europäischen und multilateralen Zusammenarbeit, eine deutliche Reduzierung der weltweiten Militärausgaben zugunsten der Gesundheitsvorsorge, mutige PolitikerInnen und verständige und aufgeklärte BürgerInnen.

11. „Die kritische Philosophie nimmt jene Narrative und Machtbeziehungen von einem normativen Standpunkt aus in den Blick und fragt nach ihrer Vernünftigkeit zum Zweck der gesellschaftlichen Emanzipation. Wir müssen darauf achten, dass uns der normative Begriff der liberalen Demokratie nicht verloren geht.“ Wichtig ist mir herauszufinden, wie man mehr Vernunft, Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit und Freiheit in die Welt bringen kann. Letztlich kommt es darauf an herauszufinden, wie wir unsere Überzeugungen in unsere Lebenspraxis und in die gesellschaftliche Wirklichkeit integrieren können.

Mit freundlichen Grüßen  
Bruno Heidlberger

### **Anmerkungen**

---

<sup>1</sup> Alexander Gauland: Warum muss es Populismus sein? FAZ, 06.10.2018, S. 8.

<sup>2</sup> Immanuel Kant. Kritik der reinen Vernunft (1787), Akademie-Ausgabe III, Berlin 1907/14, XVI f.

<sup>3</sup> Ferdos Forudastan/Wolfgang Janisch: Interview mit Andreas Voßkuhle, SZ 26.07.2018, S. 2.